

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

 PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Stimmungswende in der Migrationspolitik von Reinhard Wegelin</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Umstrittene ZKB-Vergütung von Maria Rita Marty</i> Seite 3	Aktuell <i>«200 Franken sind genug!» braucht Unterschriften von Domenik Ledergerber</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Vegane Bevormundungen munden nicht von Susanne Brunner</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Referat von Peter Regli in Zürich: «Freiheit bedroht»</i> Seite 8
---	--	--	--	---

GEOPOLITIK UND NEUTRALITÄT

Neutralität in stürmischen Zeiten – Die Geschichte ist noch lange nicht zu Ende

Nach dem Kalten Krieg glaubte der Westen an den Sieg der liberalen Weltordnung und träumte vom Ende der Geschichte. Dieses ist nicht eingetroffen. Stattdessen wurden wir Zeuge einer neuen Blockbildung, die sich im Zuge des Ukraine-Krieges noch verschärft. Das Potenzial für weitere militärische Eskalationen ist gross. Umso mehr ist es angezeigt, zur bewährten Schweizer Neutralität zurückzukehren.

Mein Geburtsjahr ist ein besonderes Jahr, die Sowjetunion hat sich definitiv aufgelöst, nachdem bereits zwei Jahre früher die Berliner Mauer gefallen war. 1992 wurde ich ein Jahr alt, und der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama veröffentlichte sein weltberühmtes und einflussreiches Buch: «Das Ende der Geschichte». Kurz zusammengefasst, die globale Landkarte sei gezeichnet und mit Ausnahme von kleineren Anpassungen werde es keine grösseren Verschiebungen mehr geben und damit natürlich auch keine territorialen Kriege mehr. Totalitäre Systeme seien für immer Vergangenheit. Vielmehr sei der Weg frei für liberale Demokratien mit Rechtsstaatsprinzip und freier Marktwirtschaft.

Instabilität statt Ende der Geschichte

Wenn wir nun heute, nach 30 Jahren, die Welt betrachten, so bleibt nicht mehr viel von Fukuyamas Ende der Geschichte. Neue Staaten wurden gegründet, weltweit flammen territorial-

kulturell- oder ressourcenbedingte Konflikte auf, längst nicht alle Staaten sind marktwirtschaftlich, rechtsstaatlich oder demokratisch. Heute spricht kein seriöser Mensch mehr vom Ende der Geschichte.

Der Ukraine-Krieg hat schliesslich noch den letzten Träumern brutal die Augen geöffnet. Die Welt ist nicht so, wie sie sich ein paar wohlstandsverwöhnte Mitteleuropäer herbei fantasieren. Man darf das bedauern, aber davor die Augen zu verschliessen ist brandgefährlich.

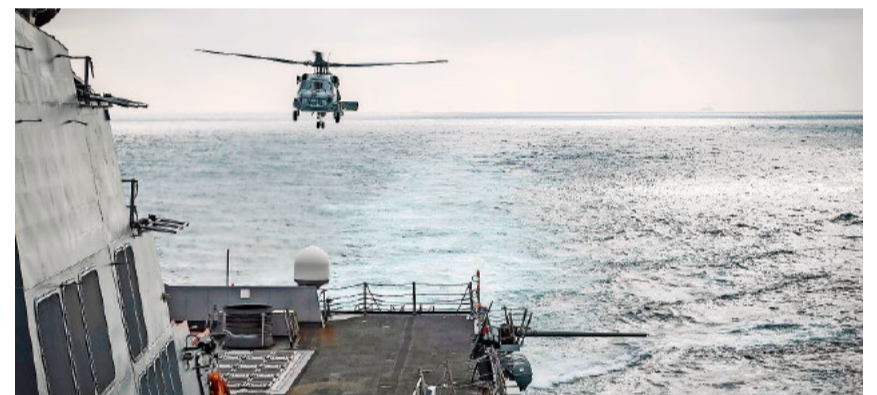
Geopolitisch besteht momentan viel Grund zur Besorgnis. Der Ukraine-Krieg steckt militärisch in einer Patt-Situation und hat das Potenzial, zu einem Dauerzustand zu werden, der jederzeit einen Flächenbrand über Europa auslösen kann. Sei es durch Involvierung der NATO, sei es durch russische Atomwaffen. Eine Kurzschlussreaktion genügt. Überall wird gepredigt, dass die Ukraine den Krieg gewinnen muss, kaum jemand hat aber eine Ahnung, wie denn ein solcher Sieg konkret aussehen könnte. Realistische Szenarien scheinen kaum von Interesse, solange man Waffen liefert und zu den Guten gehört.

Rückkehr der Machtblöcke

Über alldem schwebt der Konflikt zwischen den USA und China um die

weltweite Vormachtstellung. Der Wirtschaftskrieg wird mit immer härteren Bandagen geführt. China hat seine geostrategischen Einflussphären längst über dem Planeten ausgebreitet, die USA hat nach wie vor den Anspruch, weltweit den Takt vorzugeben, wie auch die neusten Leaks von Geheimdienstdaten aufzeigen. Auf die neusten Militärmanöver haben die Amerikaner umgehend mit Kriegsschiffen reagiert. Der chinesische Präsident Xi hat Putin in einer pompösen Zeremonie die Freundschaftsmedaille überreicht. Die Welt ist drauf und dran sich wieder in Blöcke zu spalten. Oder präziser formuliert: Die Spaltung war gar nie weg, nur wird sie jetzt wieder für alle sichtbar.

Immer wieder höre ich, dass die Ukraine den Krieg auch deshalb gewinnen müsse, um der Welt zu zeigen, dass eine autokratische Grossmacht nicht einfach einen souveränen Staat überfallen kann. Gemeint ist vor allem die Angst, dass China sich ein Beispiel nehmen und Taiwan angreifen könnte. Wer so argumentiert, hat die aktuelle Situation nicht verstanden. Einen möglichen Angriff macht Peking weniger vom Verlauf des Ukraine-Krieges, als vielmehr von möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen abhängig. Faktisch ist klar, wenn China ernst machen und Taiwan endgültig annectie-



Ein Helikopter startet von einem amerikanischen Kriegsschiff, das in der Formosastrasse, die Grenze zwischen China und Taiwan, patrouilliert.

Bild: Flickr.com (U.S. Indo-Pacific Command)

ren will, dann tut es das. Um dies militärisch zu verhindern, müsste die USA den dritten Weltkrieg in Kauf nehmen. Würde man so weit gehen? Ich weiss es nicht.

Die Neutralität ist wichtiger denn je

Eins weiss ich aber mit Sicherheit: Inmitten der wachsenden Spannungen und Konflikte zwischen den Grossmächten ist es wichtiger denn je, dass die Schweiz ihre historische Rolle als neutrales Land wahrnimmt. Die Neutralität ist nicht nur von grosser Bedeutung für die Sicherheit unserer Bevölkerung, sondern auch für die Welt insgesamt. In einer Zeit von Konflikten und Kriegen braucht die Welt eine neutrale Insel, auf der sich die Konfliktparteien irgendwann die Hand reichen können. Die Schweiz hat eine lange Tradition als Vermittlerin und darf diese Position nicht aufgeben, sondern muss sie im Gegenteil wahren und stärken. Neutralität ist unbequem, vor allem in Zeiten des Krieges, aber es ist

unsere historische Aufgabe als Schweizer, diese Position zu halten.

Die Schweiz steht für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch als kleines Land ist es naiv, zu glauben, wir könnten im geostrategischen Spiel der Grossmächte mitmischen. Wenn sich die anderen die Köpfe einschlagen, kann die Schweiz sie nicht davon abhalten. Wir müssen aber unsere eigene Bevölkerung mit allen Mitteln schützen und als gutes Beispiel vorangehen, neutral bleiben und unsere guten Dienste anbieten.

Das ist eine edle Aufgabe. Wenn wir es gut machen und glaubwürdig sind, können wir damit weit mehr erreichen als all diejenigen mit ihrem Gerede über angebliche Solidarität. Wenn die Welt in Trümmern liegt, ist es ein schwacher Trost, zu sagen, der andere habe angefangen und man habe doch der richtigen Seite Waffen geliefert. Nicht nur die Schweizer Bevölkerung, auch die Welt braucht eine neutrale Schweiz.



Benjamin Fischer
 Nationalrat SVP
 Volkswil

J A

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen


neutralitaet-ja.ch



Christoph Mörgeli

«Scheiss auf die Minen»

Der Ukraine-Krieg hat nicht nur unserer Neutralität und Objektivität zugesetzt. Sondern auch dem hiesigen Qualitätsjournalismus – und dem guten Geschmack. «Scheiss auf die Minen», zitiert die «NZZ am Sonntag» einen Soldaten: «Ukrainische Kriegsversehrte kommen als Helden in das Prothesenzentrum in Kiew». Aber nicht als Patienten, bewahre: «Sie wollen nur eins, zurück an die Front.» Solche Heldenlegenden strickt die deutsche Journalistin Andrea Jeska um einen 32-jährigen Kämpfer, der in der Ostukraine über eine Mine gefahren sei. Die Folgen: rechtes Bein weggerissen, linkes Bein offenes Fleisch, «aber es hängt noch an ihm», rechter Arm zerschmettert, Trommelfell geplatzt. Und ein einziger Wunsch: zurück in den Krieg. Genau wie beim Freiwilligen, dem eine Mine ebenfalls das Bein gekostet haben soll. Er lächle «so strahlend, als spräche er von einem schönen Ereignis». Auch er wolle «so schnell wie möglich zurück an die Front». Weiter lesen wir in der sonntäglichen «NZZ»: «Mehrheitlich sind die ukrainischen Helden männlich, todesmutig, verwundbar, aber nicht besiegbare.» Denn mit dem Ukraine-Krieg «ist das Heldentum wieder in Mode gekommen».

Journalistin Andrea Jeska schwelgt in heissem Feindesblut. Dabei scheint sie das Peinlich-Abgeschmackte ihres entfesselten Geschreibsels nicht mehr zu spüren. Das Nicht-Ernstnehmen von Gewalt und Krieg befremdet. Die Mütter von Helden weinen zuerst. Wir wissen aus der Kriegsgeschichte: Heldengestalten, die sich mit leuchtenden Augen todesmutig in die Schlacht stürzen, waren schon vor über hundert Jahren überspannte Fantasieprodukte von Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen. Sie verfassten Artikel, Aufrufe, Hymnen und Hassgesänge. Und schmachteten vor Sehnsucht nach individuellem Heldentum. In Wahrheit bedeutet Krieg Leichenhaufen, Blut, Verstümmelungen, Prothesen, Kriegszitterer und Angstneurotiker. Ein ukrainisches Sprichwort sagt: «Wenn Kriegsfahnen wehen, steckt der Verstand in der Trompete.» Das gilt besonders dann, wenn Journalisten Fahnen aufziehen und Trompete blasen.

1 + 1 = 3 – die Windenergiestrategie oder wie die Windkraftwerke unsere Energieprobleme lösen sollen

Die Energiestrategie fand nur dank unrealistischen Szenarien des Bundesrats eine Mehrheit. Die angeblichen Schwarzmalerei hatten Recht. Der Strommangel und der Kostenanstieg belasten Bevölkerung und Wirtschaft. Statt den Fehler einzusehen, möchten die Rot-Grünen und ihre bürgerlichen Helfer die Landschaft mit teuren, unzuverlässigen und ineffizienten Windkraftanlagen verschandeln.

Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Wenn wir von Energieproblemen sprechen, was meinen wir damit genau? Wir blenden ins Jahr 2017 zurück. Damals, während der Abstimmungsdebatte zur Energiestrategie 2050, lobte die damalige Bundesrätin Leuthard das hohe Lied von der nachhaltigen Energiewirtschaft in der Schweiz: Reduktion des CO₂-Ausstosses, Kernkraftverbot nach dem Auslaufen der heutigen Kernenergieanlagen, Förderung der erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windkraftanlagen sowie die Erhöhung des Anteils der Wasserkraft. Das Beste sei dabei, dass das Gesamtpaket pro Familie nur 40 Franken pro Jahr mehr koste und auch genügend Strom zur Verfügung stehe.

Bundesrätliche Traummalereien überzeugten das Stimmvolk

Kritische Stimmen, welche diese Prognose widerlegten, wurden als polemische Schwarzmalerei dargestellt. Dies, weil diese Kritiker damals bereits vorausgesagt haben, dass wir in eine Energiekrise laufen werden und die Mehrkosten anstelle der 40 Franken richti-

«Kritische Stimmen, welche diese Prognose widerlegten, wurden als polemische Schwarzmalerei dargestellt.»

gerweise 3200 Franken pro Familie betragen. Nun gut, die Energiestrategie wurde durch die Stimmbevölkerung, welche an die Ehrlichkeit der Worte des Bundesrates glaubte, mit einer beachtlichen Mehrheit angenommen.

Aufgrund dieses Entscheides wurde auf Bundesebene aber auch auf kanto-

naler Stufe weitergearbeitet. Denn der Auftrag zur Strategieumsetzung steht ja fest. Aufmerksame Leute konnten im selben Zeitraum zudem feststellen, dass die Energiestrategien auch im benachbarten und fernerem Ausland in ähnlich abstrusen Prozessen vorgepeitscht wurden. Mit aller Kraft, so machte es jeweils den Anschein, wurden Energiestrategien erlassen, Verbote für Technologien gesprochen und Subventionsgelder für andere Technologien grosszügig verteilt.

Druck aufs Portemonnaie steigt

Als Leserin oder Leser mag man jetzt meinen, der Autor hätte etwas gegen Umweltschutz. Dem ist gar nicht so. Ich habe aber etwas gegen unehrliche, ideologiegetriebene Vetterlipolitik und daraus entstehende Strategien, welche nicht zu Ende gedacht sind. Leider merkt das die Bevölkerung und die Wirtschaft bereits heute, genauer gesagt seit bald einem Jahr am eigenen Portemonnaie. Wie schaut das konkret aus? Die Strompreise sind im Versorgungsgebiet des kantonalen Stromversorgers EKZ um 23 % angestiegen. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie einen Anstieg um 165 Franken pro Jahr. Dazu kommen die Mehrpreise auf Lebenshaltungskosten, welche sich indirekt durch die teurere Energie ebenfalls stark verteuerten. Firmen zahlen teilweise bis zu zwölfmal mehr für den Strom, als sie das noch vor 18 Monaten taten. Da gilt es sich schon einmal zu fragen: Weshalb ist denn das so?

Fataler Energiemangel

Die Elektrizitätsversorgung ist europaweit auf dem Festland ein in sich abhängiges Netz. Der Strom wird just in dem Moment verbraucht, in dem er produziert wird. Grundsätzlich egal, wo die beiden Enden der Leitung sind. Das liegt in der physikalischen Natur des Stromes. Nun beginnt man zu verstehen, nein man hat es zum ersten Mal öffentlich gemacht, dass wir zukünftig zu wenig elektrischen Strom haben

werden. Eine fatale Prognose, welche den Strom-, aber auch den Öl- und Holzpreis und weitere Energiepreise in die schiere Uferlosigkeit katapultierte. Die Elektrizitätsversorgung in Europa scheint nicht mehr sicher. Das Angebot kann die Nachfrage schon in naher Zukunft, z. B. bei kleinen Abweichungen von der Normalität, nicht mehr decken. Ein Schreckensgespenst, welches einen riesigen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten wird.

Beispiel Zürich: Ratlose Schweizer Energiepolitik führte zu Verhandlung

Was macht nun die inländische Politik, um ein solches Desaster zu verhindern? Sie ist etwas am «sündeligen», jedoch mit Goldsand. Wenn es nach dem grünen Regierungsrat Martin Neukom geht, werden innert der kommenden 10–15 Jahre im Kanton Zürich 120 Windkraftanlagen, mit jeweils einer Gesamthöhe zwischen 160 und 230 Meter, installiert. Er, der Grüne und ehemalige Umweltschützer, möchte Anlagen aufbauen, für welche pro Anlage ca. 5000 m² Wald oder Naturfläche gerodet oder umgenutzt werden müssen. Sie werden das Landschaftsbild durch ihre unglaubliche Höhe nachhaltig verschandeln. Nach heutigen Erkenntnissen müssen die Anlagen nach 25 Jahren infolge des Erreichens der Lebenserwartung bereits wieder abgebaut werden. Der Aufwand ist enorm, denn ihr Fundament besteht aus bis zu 1000 Tonnen Beton und über 300 Tonnen Betoneisen – und dies notabene im Wald.

Riesenkosten und kaum Ertrag

All dies, obwohl die Windkraftanlagen gerade mal 5% unseres Strombedarfes erzeugen können. Und was, wenn es dann einmal nicht windet? Dann braucht es neben diesen Anlagen weitere Kraftwerke, welche dann einspringen können. Faktisch bedeutet das: Für den Strom, den wir verbrauchen, braucht es nicht wie heute ein Kraftwerk, son-

dern zwei Kraftwerke. Da muss man nicht Techniker sein, um zu merken, dass dies unseren Strom weiterhin massiv verteuern wird. Das Sahnehäubchen ist schlussendlich, dass dabei weder Gemeinden noch Bevölkerungen über die Standorte mitentscheiden können. Die

«Faktisch bedeutet das: Für den Strom, den wir verbrauchen, braucht es nicht wie heute ein Kraftwerk, sondern zwei Kraftwerke.»

Standorte sollen durch den Regierungs- und Kantonsrat festgesetzt werden und fertig. Als Fazit muss leider festgehalten werden: Zukünftig soll ein ganz kleiner Anteil des benötigten Stromes mit extrem teuren, landschaftsverschandelnden, naturschädlichen, stromlieferungsunsicheren, kurzlebigen Windkraftanlagen betrieben werden, zu deren Bau die direkt betroffene Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Ich hoffe, Regierungsrat Neukom lässt seine Ideen mittels Brainstorming nochmals durchlüften und kommt zu neuen Schlüssen.



Windkraftanlagen verschandeln nicht nur die Umwelt, sie sind auch sehr ineffizient. Bild: Lukas Bieri (Pixabay)

TRENDWENDE IN DER ASYLFRAGE

Klare Mehrheit für härtere Migrationspolitik

Gemäss einer interessanten Umfrage von 20 Minuten sind 51 Prozent der Personen ohne Schweizer Pass für eine härtere Migrationspolitik. Die Migrationsgesetze müssen stärker durchgesetzt werden. Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen mehr Migration einsetzt.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Umfragen sind immer eine problematische Sache. Man muss genau hinschauen und vor allem immer berücksichtigen, wer der Auftraggeber ist. Im besten Fall können Umfragen einen Trend, manchmal gar eine Trendumkehr erkennbar machen. Dies scheint, bei zwei Umfragen zum Migrations-thema von «20Min» und «Tages-Anzeiger» jetzt der Fall zu sein.

Mangelnde Anpassungsfähigkeit

Nach einer Umfrage von «20Min» verstehen Ausländer zum Beispiel nicht, dass Leute aus dem Ausland geholt werden, statt arbeitslose Personen aus der Schweiz anzustellen. Damit würden auch die Löhne gedrückt. Eigentlich ein linkes Argument für weniger Migration. 51 Prozent der Personen ohne Schweizer Pass sind für eine härtere Migrationspolitik.

Je mehr Menschen kommen, desto mehr Ärzte, Spitäler, Schulen, Lehrer, Strassen, Züge, Wohnungen, Wasser, Strom und manches mehr benötigen wir. Wahrscheinlich werden wir noch in diesem Jahr zur 9-Millionen-Schweiz.

Weiter lässt sich aus einer Umfrage von Tamedia ein brisantes Ergebnis ablesen. Auf die Frage «Soll die Schweiz die Zuwanderung stärker begrenzen?», antworteten:

- 36 Prozent mit Ja
- 26 Prozent mit eher Ja
- 7 Prozent mit Nein
- 18 Prozent mit eher Nein
- 13 Prozent mit Nein

Sogar die Grünliberalen sind mehrheitlich für eine Begrenzung (51 Prozent). Mitte- und FDP-Anhänger befürworten solche Restriktionen mit über 70 Prozent. 93 Prozent der SVP-Anhänger wollen die Zuwanderung beschränken, nur gerade 2 Prozent sind dagegen.

Bei den linken Parteien sieht es anders aus: 41 Prozent der SP-Wählerinnen- und -Wähler wollen die Zuwanderung stärker beschränken, bei den Grünen sind es noch 37 Prozent. Sprich:

Die Mehrheit der Linken will die Zuwanderung nicht stärker beschränken.

Tagi verschleiert Zahlen

Die Linke reagiert ziemlich verstört auf diese Umfrage. SP-Fraktionschef Roger Nordmann enerviert sich und schreibt auf Twitter, dass der – notabene linke Tages-Anzeiger das «übliche Anti-Ausländer-Framing der SVP» betreibe. Dies sei hochnotpeinlich. Der Tagi hatte getitelt: «Fast zwei Drittel wollen die Zuwanderung begrenzen.» Allerdings wollte der Tagi offenbar lieber andere Resultate. Nur so ist zu erklären, dass er bei der Erklärung schummelte.



Immer mehr Menschen leben in der Schweiz. Dies hat Konsequenzen. Hier: Stau auf der Duttweilerbrücke in Zürich. Bild: Dom Dada (Flickr.com)

Denn richtig interpretiert, müsste es heissen: «Nur 13 Prozent wollen die Einwanderung nicht begrenzen!»

Nur SVP will klare Umsetzung

Es braucht jemanden, der diese Mehrheitsforderungen auch auf der politischen Ebene umsetzen kann. Wenn die zuständige linke Bundesrätin immer noch mehr Ausländer in die Schweiz holen will – meistens keine Facharbeiter – braucht es im Parlament den entsprechenden Druck. Nur die SVP hat hier klar und immer signalisiert, sie wolle das Problem lösen. Man darf gespannt sein, was für Pirouetten die anderen Parteien machen werden, um dieses Thema nicht zu lösen. Die offensichtliche Kehrtwende in der Bevölkerung ist nicht mehr wegzudiskutieren.

AUS DEM KANTONS RAT

Keine Begrenzung der Maximalvergütung bei der ZKB

Die SVP lehnt eine Parlamentarische Initiative der SP ab. Sie möchte zwar die Vergütung auf der Führungsstufe der ZKB ebenfalls beschränken, sieht jedoch die Kompetenz beim Bankrat. Falls dieser nicht handelt, könnte die SVP auf ihren Entscheid zurückkommen.



Maria Rita Marty
Kantonsrätin SVP
Gutenswil

Der Kantonsrat hat Frau lic. iur. Anja Künzler zur Stellvertreterin des Ombudsmannes gewählt. Der Wahlvorschlag der Geschäftsleitung war bei allen Parteien unumstritten. Der Kantonsrat hat mit 111 zu 60 Stimmen ebenfalls einer Revision des Kantonsratsgesetzes zugestimmt, welche künftige Erhöhungen der Entschädigungen der Kantonsratsmitglieder dem fakultativen Referendum unterstellt. Bis anhin durfte das Volk bei der Entschädigung der Kantonsratsmitglieder nicht mitreden.

Begrenzung der Maximalvergütung bei der ZKB?

Das Thema, das aber die Sitzung bestimmte, war eine Parlamentarische Initiative der SP, welche eine Begren-

zung der Maximalvergütung in der ZKB im Gesetz verankern wollte. Kantonsrat Tobias Weidmann sprach für die SVP. Das Anliegen dieser Parlamentarischen Initiative ist in seinen Grundzügen richtig und nachvollziehbar, denn auch die SVP möchte die absurd hohen Vergütungen in der Unternehmensspitze auf ein vernünftiges Mass begrenzen, aber nicht auf diesem Wege. Daher unterstützte die SVP diese Parlamentarische Initiative nicht.

SVP: Boni nur begrenzt sinnvoll

Eine leistungsabhängige Komponente der Vergütung – sogenannte Boni – macht durchaus Sinn bei der breiten Belegschaft, aber nicht auf der obersten Führungsstufe. Die SVP will nicht eine Lohnobergrenze im Gesetz festlegen, wie dies die Parlamentarische Initiative forderte, sondern die Höhe der Begrenzung muss durch den Bankrat bestimmt werden. Der Bankrat steht in der Pflicht, diese Fehlentwicklung der masslosen Vergütungen des obersten Managements zu korrigieren. Die SVP erwartet, dass der Bankrat inner-

halb von einem Jahr ein Entschädigungsreglement für die Geschäftsleitung der ZKB erarbeitet, welches im Sinne der SVP die Gesamtvergütung des CEO klar reduziert. Es darf keine masslose Vergütung von über 2 Millionen geben, wie dies momentan der Fall ist.

Die SVP wartet ab

Die SVP hat ihren Vertreter in der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beauftragt, den Bankrat zu begleiten und entsprechend Einfluss zu nehmen. Falls diese Bemühungen keine Früchte tragen sollten, wird die SVP zusammen mit der SP und den Grünen einen möglichen Vorstoss prüfen, welcher die Genehmigung der Entschädigung der ZKB-Geschäftsleitung durch die AWU einfordert.

Der Vorstoss wurde schliesslich mit 101 zu 66 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

So, dies war mein letzter Bericht als Kantonsrätin. Herzlicher Gruss und alles Gute.



Der Hauptsitz der ZKB an der Zürcher Bahnhofstrasse.

Bild: Wikipedia

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Hass ist keine Meinung

Kürzlich wurden wir aufgefordert, einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre zu machen und die Wünsche für die kommende Legislatur zu formulieren. Dominierend in der ersten Legislaturhälfte war die Pandemie. Rückblickend können wir festhalten, dass wir – das Parlament – zusammen mit der Regierung die Krise vor allem auch deshalb gut gemeistert haben, weil es dem Staat finanziell so gut geht und wir somit in der Lage waren, der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Das gelingt aber nur, wenn wir auch vorsorgen.

Politisch haben wir trotz der Mehrheit der Klimaallianz einiges erreicht: so fand der Gegenvorschlag unserer Gerechtigkeitsinitiative eine Mehrheit, das Stimmrechtsalter 16 wurde wuchtig abgelehnt, die Steuern und die Notariatsgebühren konnten gesenkt werden. Polizisten müssen, auch in den beiden grössten Städten des Kantons, das Schweizer Bürgerrecht besitzen.

Zudem müssen künftig die finanziellen Auswirkungen von Parlamentsbeschlüssen vor der Abstimmung vorliegen. Ebenfalls konnten wir erreichen, dass bei künftigen Erhöhungen der Parlamentsentschädigungen das fakultative Referendum eingeführt werden muss.

Bei den gegebenen Mehrheiten im Kantonsrat wurde aber auch vieles nicht in unserem Sinne entschieden. Besonders störend für mich ist es, wenn wir angesichts der krisengeplagten Herausforderungen stundenlang über absolut Unwesentliches diskutieren und die tatsächlichen Entscheidungen für den Erhalt eines starken Wirtschaftskantons Zürich verdrängen. In diese Kategorie fällt nicht nur der Genderstern und die Einführung eines dritten WC-Abteils, dazu gehören auch die Klimakleberaktionen. Noch eine andere Dimension haben die gewalttätigen Ausschreitungen, die wir gerade kürzlich wieder in Zürich erleben mussten.

In unserer Demokratie hat es Platz für verschiedene Ansichten und Meinungen. Wir haben mit unseren politischen Rechten ein weltweit einmaliges System und verschiedene Möglichkeiten, uns einzubringen. Wir können uns mit Initiativen und Referenden für oder gegen etwas einsetzen. Aber blosser Hass ist keine Meinung!

Nun wünsche ich mir für die nächste Legislatur eine gute Debattenkultur, dass wir Wesentliches von Unwesentlichem trennen und uns weiterhin einsetzen für einen starken Wirtschaftskanton Zürich. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.



von **Martin Hübscher**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

ZKB-Vergütung lässt die Wogen im Kantonsrat hochgehen



Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

Am Montag debattierte der Kantonsrat über die Vergütung der ZKB-Generaldirektion (GD). Die SP wollte über eine Parlamentarische Initiative (PI) die maximale Vergütung der GD neu im Kantonalbankgesetz festschreiben: «Die Gesamtvergütung des Vorsitzenden darf die Gesamtvergütung der schweizerischen Nationalbank nicht übersteigen.»

Es war zu erwarten, dass die Bonusexzesse der Credit Suisse und die Diskussion darüber von der linken Seite ausgeschlachtet werden. Dabei wurde natürlich unterschlagen, dass die ZKB nicht im Entferntesten mit der CS zu vergleichen ist. Hat die ZKB doch eine Eigenkapitalbasis von ca. 20 % aufgebaut.

Sie genießt zu Recht das Vertrauen der Zürcher Bevölkerung. Die SVP sieht

die Problematik der Vergütung der GD und insbesondere des Vorsitzenden allemal. Und da die ZKB eine Staatsgarantie des Kantons Zürich hat, sind die Vergütungen auf ein vernünftiges Niveau zu begrenzen. Gerade nach einem Rekordergebnis mit einem Gewinn von über einer Milliarde CHF muss darauf geachtet werden, dass nicht überbordert wird. Vergütungen wie die 2,2 Mio. sind aus unserer Sicht nicht vertretbar und der Bevölkerung auch nicht vermittelbar.

Wir sind aber der Ansicht, dass der Bankrat, der für die Vergütung der GD verantwortlich ist, sich der Problematik annehmen muss.

Die Signale aus dem Bankrat zeigen, dass unser Anliegen ernst genommen wird und der Handlungsbedarf gesehen wird. Wir haben daher angeregt, dass unsere Vertreter in der Aufsichtskommission (AWU) sich dieses Themas annehmen sollen und innert eines Jahres dem Bankrat einen Vorschlag machen sollen. Sollte es wider Erwarten nicht zu einer vernünftigen Lösung kommen, werden wir im Parlament wieder aktiv werden.

ERKLÄRUNG DER SVP/EDU-KANTONSRA TSFRAKTION VOM 17. APRIL 2023

Nur schöne Worte statt Taten – fehlende Inhalte bei der Justizdirektion

Bei der Planung des Untersuchungsgefängnisses Zürich West wurden schwere Fehler begangen. Die Direktion der Justiz und des Innern versuchte, diese desaströsen Nachrichten an der Öffentlichkeit vorbeizuschleusen. Dies misslang gründlich.

Der Zeitpunkt für die regierungsrätliche Information oder, besser gesagt, die Beichte der Direktion der Justiz und des Innern (JI) über die verpatzte Inbetriebnahme des Untersuchungsgefängnisses Zürich West war perfekt gewählt. Am Gründonnerstag, gemäss Justizdirektion, sind Journalisten und Politiker schon auf dem Weg in den Osterurlaub. Fast wäre das Kalkül aufgegangen. Doch die Medien sind dem brisanten Thema seit Januar auf den Fersen geblieben – trotz den Absetzmannövern der JI – und haben kritisch berichtet.

Nur die Kommunikationsabteilung arbeitet offenbar präzise

Die Medienmitteilung vom 6. April 2023 war eine gut geplante und wohlformulierte Arbeit der JI und SVP-Fraktion, wohl auch den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen, wäre es viel wohler, wenn die Planungen über den Justizvollzug auch mit der Realität korrespondieren würden und der Auftrag des Justizvollzuges im PJZ wie bestellt geliefert wird. Taten statt Worte sind im Kerngeschäft des Justizvollzuges angesagt und eine gründliche Aufarbeitung der Fehler sowie Lösungsansätze, um den Betrieb endlich hochfahren zu können, sind gefordert.

Rechnen tut not

Doch das Rechnen von Faktoren oder Stellen scheint generell ein Problem bei der JI zu sein. Schon zum wiederholten Mal behauptet die JI in einer Antwort auf eine kantonsrätliche Anfrage, die gewünschte Bezifferung der Kosten könne wegen «zu grossen Aufwands» nicht ermittelt werden. Diese etwas gar knappe und unverfrorene Antwort lässt einen staunen. Liesse sich doch z. B. durch die immer noch anfallenden Betriebskosten der anderen Gefängnisse und den kalkulatorischen Mietzins des Immobilienamtes für die PJZ eine simple Berechnung anstellen.

Um neue Stellen zu begründen, hat man immer genaue Zahlen, aber eine einfache «Milchbuechli»-Rechnung über Räume und deren Kosten bringt man nicht zustande. Auch hier fehlende In-

halte oder gezielte Vertuschungsaktivitäten.

Praxis muss künftig wieder mehr Raum einnehmen

Wahrscheinlich sind es jetzt einmal mehr die Polizisten, die wegen Fehlplanungen der JI einspringen müssen. Versuche, ein Mitverschulden der Sicherheitsdirektion für das Gefängnis-Debakel zu konstruieren, sind dann schon ziemlich daneben. Es ist bezeichnend, dass offenbar, bis auf eine Ausnahme, kein Polizist des alten provisorischen Polizeigeängnisses der Kantonspolizei Zürich (Proog) in den Dienst der JI wechseln wollte. Das teils etwas überhebliche Verhalten gegenüber diesen Praktikern rund um die Sicherheit hat sich nun gerächt. Es wäre besser

«Man kann nun immerhin sagen, dass die Planungen und Ausführungen auf Stufe Kommunikation des Generalsekretariates bestens funktionieren.»

gewesen, die alten Strukturen für die praktische Ausbildung des neuen Personals zu nutzen, anstatt auf Bagatellen und Beanstandungen über das Propag herumzureiten. Der Wechsel der Verantwortlichkeiten bei der Untersuchungshaft von der bewährten Kantonspolizei zum Amt für Justizvollzug in der kritischen Phase der Inbetriebnahme des PJZ hätte am besten gar nicht gemacht werden sollen. Die SVP hat schon immer vor einem solchen Justizmoloch gewarnt!

Nun sind wieder pragmatische Ansätze mit brauchbaren Resultaten gefragt und speziell von der SVP-Fraktion gefordert. Das Stellenwachstum von 105,5 Stellen und den Betrieb des PJZ werden wir kritisch verfolgen. Nur auf schöne Worte anstatt auf den Kernauftrag zu fokussieren, liegt nicht drin – schon gar nicht bei der öffentlichen Sicherheit.

Dies hat sich jetzt bitter bewahrheitet und die Zürcher Steuerzahler werden den Preis dafür bezahlen müssen. So nicht, Frau Fehr!

SVP SCHLIEREN

4066 Unterschriften für Integrationsprojekt «Schrebergärten»

Nachhaltiger Naturschutz «ja», aber nicht zulasten von Schrebergärten und Fruchtfolgeflächen.



Pierre Dalcher
Kantonsrat SVP
Schlieren

Am letzten Donnerstagnachmittag herrschte reges Treiben vor dem Stadthaus in Schlieren. Grund war die Übergabe der Petition mit sagenhaften 4066 Unterschriften, die verhindern will, dass mehr als die Hälfte des Familiengartenvereins «Betschenrohr» wegen der Flussverbreiterung auf 300 Meter weichen soll. Erwin Trindler, Präsident des Familiengartenvereins, konnte dem Stadtpräsidenten Markus Bärtschiger diese 4066 Unterschriften überreichen.

Verschiedene Interessen müssen abgewogen werden

Erwin Trindler stellte klar, dass sie nicht gegen Naturschutz sind. Die Abwägung zwischen Naturschutz und langjährigen Schrebergärtnern spricht klar für das «Betschenrohr». Mit einer solchen enormen Verbreiterung ist niemandem geholfen und der Stadtpräsident hat abschätzig festgehalten, dass «der Verlust weniger, der Gewinn vieler werden kann». Ist er Hellsäher oder einfach ein radikalisierte Klimaaktivist? Er spricht von Krisen und schürt damit nur Angst, anstatt dass er sich für die Bevölkerung einsetzt.

Zudem wird immer wieder der Schutz vor Hochwasser eingebracht. Seltsam ist aber, dass gemäss der Homepage schlieren.ch die Limmat das letzte Mal 1910 an dieser Stelle über die Ufer ge-

treten ist. Wenn das Wasser sich im Engstringerquartier durchgesetzt hat, handelte es sich um Grundwasser, das an die Erdoberfläche drückt. Mit dieser unschönen Eigenschaft leben die Bevölkerung im Quartier sowie die Betreiber der Schrebergärten. Seit Jahrzehnten haben sie gelernt, mit dieser Situation umzugehen.

Bevölkerung steht nicht hinter dem «Prestigeprojekt»

Die 4066 Unterschriften für «Wertvolle Grünfläche» mit Schrebergärten und Fruchtfolgeflächen zeigen auf, dass dieses Jahrhundertprojekt nur ein «Prestigeprojekt» ist, das die Bevölkerung nicht überzeugen kann. Nimmt man zum Vergleich andere Petitionen, die in den umliegenden Gemeinden eingegeben wurden, hat keine nur ansatzweise eine solche hohe Anzahl Unterschriften generiert.

Letztes Jahr wurde eine Petition im gleichen Quartier für die Beruhigung der kantonalen Durchgangsstrasse «Engstringerstrasse» mit ca. 800 Unterschriften eingereicht. Diese Petition hat interessanterweise gleich zwei linke Regierungsräte auf Trab gebracht und diese zwei haben die Versuchsdauer ohne Ankündigung verlängert! Stellen wir diese beiden Petitionen einander gegenüber, müssen wir feststellen, dass es 5x

mehr Unterschriften sind und wir stellen uns die Frage: Wo ist der Stadtpräsident Bärtschiger und die Regierungsräte des Kantons Zürich?

Die Menschen sind Teil der Natur

Diese 4066 Unterschriften zeigen auf, dass die Bevölkerung sich die Renaturierung anders vorstellt. Die hier verwurzelten Menschen sind auch ein Teil der hiesigen Natur. Interessant daher die Aussage von Christian Marti, Abteilungsleiter Wasserbau beim Kanton Zürich: Er sei sich des Konflikts bewusst und der Kanton sei bereit, mit der Stadt

Schlieren Lösungen zu suchen. Wenn Herr Marti mit der Stadt Schlieren die Bevölkerung meint, dann kann der Kanton nicht über die 4066 Unterschriften hinwegsehen.

Als ortsansässiger Kantonsrat gratuliere ich den Petitionärinnen und Petitionären. Hier sehen wir, wie das demokratische Recht in Anspruch genommen wurde.

Nur schon dies müsste die Behörde zu einem Überdenken des Projekts «Lebendige Limmat» in Richtung «Leben mit wertvollen Grünräumen um die Limmat» bewegen.



Familiengartenvereinspräsident Erwin Trindler und Stadtpräsident Schlieren Markus Bärtschiger.

Bild: Sandro Barbieri, Schlieren



Über 30 Personen begleiteten ihren Präsidenten zur Unterschriftenübergabe.

Bild: Sandro Barbieri, Schlieren

PRESSEMITTEILUNG DER SVP/BGB MEILEN

SVP/BGB Meilen Erneuerungswahlen und Verstärkung im Vorstand

Die SVP/BGB Meilen hat am 11. April 2023 die 104. Generalversammlung im Stübli der «Heiri Bolleter Weinbau GmbH» durchgeführt.

Eine stattliche Anzahl Mitglieder durfte der Präsident der SVP/BGB Meilen, Adrian Bergmann, auf der Aebleten willkommen heissen. Im Speziellen begrüsst er den neu gewählten Gemeinderat Pepe Bösch und das RPK-Mitglied Hansueli Arnold.

Leider ergab sich im Laufe des Abends eine Programmänderung. Der Präsident der sicherheitspolitischen Kommission, Nationalrat Mauro Tuena, musste sich kurzfristig für sein Referat und den Gedankenaustausch mit unseren Mitgliedern abmelden, da das Geschäft betr. Verpflichtungskredits CS/UBS bis nach Mitternacht seine Präsenz in Bern erforderte.

So standen dann «nur» die Geschäfte gemäss Traktandenliste zur Behandlung. Der Präsident Adrian Bergmann verlas den ausführlichen Jahresbericht, in welchem er die Aktivitäten und insbesondere die Kommunalwahlen der

Ortsparterie reflektierte. Er nahm auch Stellung zur aktuellen Politik. Danach leitete er zu Jahresrechnung und Revisionsbericht über. Kassier Martin Oettli führte zügig durch das Finanztraktandum und erbat die Décharge-Erteilung durch die Versammlung, welche einstimmig erteilt wurde.

Weiter erfolgten die Erneuerungswahlen der Vorstandsmitglieder Marion Matter und Martin Oettli sowie der Revisoren, Christa Stocker, Rolf Hagenmacher und Edwin Bolleter. Mit Freude durfte der Präsident Karin Wiederkehr für die Mitarbeit im Vorstand gewinnen. Tätig in der Vermögensverwaltung, charmant und integer, wie er sie vorstellte und sie sich präsentierte, war dann die einstimmige Wahl nur noch Formsache.

Die Wahlsieger der SVP/BGB Meilen im Jahr 2023, Marion Matter für den Kantonsrat sowie Pepe Bösch für den

Gemeinderat, verdankten die grosse Unterstützung durch Mitglieder und ihnen nahestehende Kreise. Beide Kandidaten und insbesondere Pepe Bösch durfte auch auf eine starke Unterstützung der FDP zählen.

Zu diskutieren gab dann auch die definitive Festlegung der Statutenänderung. Die an der GV 2022 begonnene Diskussion, ob Ausländer in der SVP/

«Es gibt Ausländer, die in der Schweiz sind, weil sie unsere Werte schätzen und nicht wollen, dass die Schweiz dieselben Veränderungen durchmacht wie ihr Herkunftsland.»

BGB Meilen als Mitglieder aufgenommen werden dürfen, wurde weitergeführt und zu einem Abschluss mit einem guten Kompromiss gebracht. Die SVP genießt bei diesen Ausländern, die ebenfalls das Schweizer Bürgerrecht anstreben und sich integrieren wollen, ein hohes Ansehen. Mit einer Mitgliedschaft wollen sie ihre Sympathie unterstreichen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde Folgendes beschlossen: Ausländer können als Sympathisant betreten. Nach 2 Jahren Sympathisantenstatus kann der Vorstand über eine Mitgliedschaft befinden. Abschliessend dankte der Präsident alle Sponsoren sowie alle, die sich in irgendeiner Art und Weise für die Partei engagiert haben. Um die Parteitätigkeit im Jahr 2022 aufrechtzuerhalten, waren das doch 14 Personen, die sich überdurchschnittlich eingesetzt haben!

Nach der Versammlung wartete Heiri Bolleter mit einem feinen Z'Nacht auf, einem köstlichen Fleischkäse mit Salatbuffet, den die Mitglieder bei angeregter Diskussion genossen haben.

Abschliessend dankte Präsident Adrian Bergmann allen für ihr Erscheinen und für ihr Engagement, denn ohne Mitglieder geht gar nichts!



Karin Wiederkehr wurde neu in den Vorstand gewählt.

Bild: SVP/BGB Meilen

SVP STADT ZÜRICH

Sessionszmenge mit erstklassigen Informationen aus Bern



Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Am Samstagmorgen, 15. April, führte die SVP Stadt Zürich einen «Sessionszmenge» im Hotel Krone Unterstrass durch. Die Nationalräte Mauro Tuena und Gregor Rutz berichteten aus Bundesbern – dies wenige Tage nach der ausserordentlichen Session zum Fall «CS/UBS». Die interessierten Besucher erhielten Informationen aus erster Hand zu den Überlegungen des Bundesrats zur Stabilisierung des Finanzplatzes und zur parlamentarischen Debatte. Ständeratskandidat Gregor Rutz ergänzte, dass sich die Staatspolitische Kommiss-

sion des Nationalrats im Nachgang zu den Entscheiden noch einmal vertieft mit den notrechtlichen Kompetenzen des Bundesrats auseinandersetzen werde. Es sei störend, dass der Bundesrat innerhalb weniger Jahre so oft zu Notrecht gegriffen habe.

Mauro Tuena ging als Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats sodann auf aktuelle Fragen zur Neutralität, zur bundesrätlichen Sanktionspolitik und zu Waffenlieferungen ein. Er forderte die Anwesenden auf, die Neutralitätsinitiative zu unterzeichnen, die sich derzeit im Sammelstadium befindet. Zum Abschluss ergänzte Rutz mit Informationen zur Asyl- und Migrationspolitik. Besonders erfreulich war, dass im Publikum mehrere Neumitglieder sahen. Dies zeigt: Unser Einsatz ist wichtiger denn je!



V. l. n. r. Ueli Bamert, Stephan Iten, Mauro Tuena, Gregor Rutz. Bild: SVP Stadt Zürich

**Sichere Zukunft
in Freiheit**

Jetzt **SVP** wählen!
Die Partei des Mittelstandes

DOCH NOCH GERECHTIGKEIT

Klima-Urteile: Es gibt doch noch Gerechtigkeit

Die Endzeit-Sekte «Extinction Rebellion» glaubt, dass die Menschheit vom Aussterben bedroht ist. Um auf diese vermeintliche Bedrohung aufmerksam zu machen, sind der Sekte fast alle Mittel Recht. Damit genießt sie Sympathien bis in höchste Richterkreise. Die SVP setzt sich gegen diese weitere links-grüne Bedrohung der staatlichen Neutralität und unseres Rechtsstaates ein.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Das Zürcher Obergericht hat kürzlich einen Freispruch für eine Westschweizer Klimaaktivistin gekippt. Es verurteilte die 31-jährige Hebamme zu einer bedingten Geldstrafe von zehn Tagesstrafen zu 100 Franken. Die Probezeit für die Geldstrafe beträgt zwei Jahre. Dazu muss die Aktivistin die Gerichtskosten von mehreren tausend Franken tragen.

Das Obergericht verurteilte die «Extinction Rebellion»-Aktivistin wegen Nötigung und Störung von Betrieben, die der Allgemeinheit dienen. Dies, weil der Tram- und Busverkehr über lange Zeit blockiert wurde. Es werden in den kommenden Wochen und Monaten noch einige solche Fälle vor Obergericht kommen. Es gibt somit doch noch vernünftige Gerichtsurteile.

Die Behörden seien dazu angehalten, eine gewisse Toleranz zu zeigen, sagte der Oberrichter in der Begründung. Bei einer solchen Blockade wie auf der Zürcher Quaibrücke vom Juni 2020 sei das Mass aber überschritten. Das Ziel der Aktion war nur mediale Aufmerksamkeit, wie das Obergericht zum Schluss kam. Es lag der Tatbestand der Nötigung vor.

Die Linksaktivistin appellierte an das Gericht, von einer Strafe abzusehen. Diese würde jahrelang in ihrem Strafregisterauszug stehen. Als Angehörige eines Gesundheitsberufes könne dies verheerend sein. Dies hätte sie wohl früher bedenken müssen.

Befangener Richter

Viele Freisprüche, die im vergangenen Jahr vom Zürcher Bezirksrichter Roger



Störer der Endzeit-Sekte «Extinction Rebellion» blockieren den Verkehr.

Bild: Wikipedia

Harris (die Mitte) gefällt wurden, kommen nun richtigerweise vor Obergericht. Dieser sprach aus Prinzip alle beschuldigten Klimaaktivistinnen und -aktivisten frei, weil seiner Meinung nach die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit geschützt werden müsse.

Die Staatsanwaltschaft stellte daraufhin ein erfolgreiches Ausstandsbegehren gegen diesen Richter, weil dieser Sympathien für die Aktivisten hege und befangen sei. Es wurde höchste Zeit dafür. Zusammen mit Kantonsrat Pierre Dalcher und Kantonsrat Marcel Suter hatte ich diesbezüglich ebenfalls einen Vorstoss eingereicht, dass Richter Harris befangen sei, weil er Sympathien für Klimaaktivisten zeigte und diese freispreche.

Richtige Kehrtwende

Die Angelegenheit liegt mittlerweile bei Bundesgericht. Bis dieses entschieden hat, darf der befangene Richter nicht mehr in Klimaprozessen entschei-

den. Die Staatsanwaltschaft zog mehrere von ihm gefällte Freisprüche ans Obergericht weiter. Es gebe in der Schweiz diverse Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, etwa bei Wahlen oder Abstimmungen, sagte der Staatsanwalt. Man müsse sich nicht trotz auf die Strasse setzen und denken, damit die Welt verändert zu haben.

Der Anwalt der Klimaaktivistin kritisierte den Umstand, dass Richter Harris am Bezirksgericht Zürich vorerst nicht mehr über Klimafälle entscheiden darf. Damit werde den Aktivistinnen und Aktivisten ein rechtmässiger Richter entzogen. Zum Glück erhielt er kein Gehör.

Die SVP hat schon immer auf diese Missstände hingewiesen. Recht soll für alle gelten, und die persönlichen Weltanschauungen und Sympathien der Richter haben bei der Urteilsfällung wenig verloren. Ein Richter hat das Gesetz anzuwenden und darf bei Straftatbeständen wie Nötigung nicht wegschauen. Wir bleiben dran.

NEUTRALITÄT

Grossmacht und Kleinstaat

Der Präsident von Frankreich, Emmanuel Macron, wird mit Kritik überschüttet. Was hat er Schlimmes getan?



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Macron sagte nach einem Staatsbesuch in China in einem Interview, die «grösste Gefahr» für Europa bestehe gegenwärtig darin, in den Konflikt zwischen China und den USA hineingezogen zu werden, der «nicht der unsere ist». Er fordert eine eigene Strategie Europas.

Jetzt wird Macron als «politisches Leichtgewicht» abgekanzelt, denn er sei ohne Not Xi Jinping auf den Leim gegangen und spalte den Westen in der Taiwan-Frage. Schon als er sich Ende letzten Jahres für gewisse Sicherheitsgarantien für Russland ausgesprochen und das Wort Friedensverhandlungen in den Mund genommen hat, hagelte es Kritik.

Statt mit Empörung und Verurteilung zu reagieren, sollte man eigentlich kurz innehalten und nachdenken.

Da sagt der Präsident der einzigen verbliebenen Atommacht in der Europäischen Union, unser Kontinent müsse aufpassen, nicht in «fremde Händel» hineingerissen zu werden.

Wenn schon das Staatsoberhaupt eines früheren imperialen Staates, der auch Kolonien besass und wo der Sonnenkönig genau wie Napoleon oder Charles de Gaulle immer sehr selbstbewusst auftraten, zu weniger Einmischung, im Klartext eigentlich zu mehr Neutralität, aufruft: Wie viel mehr Grund hat dann die Schweiz für aussenpolitische Zurückhaltung?

Die Grande Nation macht es eigentlich unserem Kleinstaat Schweiz vor: Es ist gefährlich, sich in die Konflikte und Kriege von anderen hineinziehen zu lassen. Denn es sind nicht unsere Konflikte und nicht unsere Kriege. Begreiflich, dass die USA ihre nationalen Interessen durchaus robust vertreten. Das aber ist noch kein Grund für einen souveränen, demokratischen, freiheitlichen Kleinstaat wie die Schweiz, die bewährte schweizerische Neutralität zu opfern.



Macrons China-Reise sorgt für Kritik.

Bild: Wikipedia

SRG-INITIATIVE: ES FEHLEN NOCH UNTERSCHRIFTEN – JETZT SAMMELAKTIONEN DURCHFÜHREN!

«200 Franken sind genug!»

Seit dem 31. Mai 2022 läuft die Unterschriftensammlung zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!».



Domenik Ledergerber
Parteipräsident
Kantonsrat
Herrliberg

Noch vor den kommenden Sommerferien will das überparteiliche Komitee die nötige Anzahl Unterschriften gesammelt haben, damit die Initiative, auch im Hinblick auf die nationalen Wahlen im Herbst 2023, zum richtigen Zeitpunkt eingereicht werden kann. Ich rufe deshalb alle Bezirke und Sektionen der SVP Zürich dringend dazu auf, mittels Stand- und Sammelaktionen die Unterschriftensammlung für die SRG-Initiative in den kommenden Wochen nochmals zu intensivieren.

Leisten wir zusammen diesen Effort, damit diese dringend nötige Initiative zustande kommt!

Unsere Volksinitiative «200 Franken sind genug!» hat zum Ziel, die heute weltweit höchsten geräteunabhängigen Zwangsgebühren für die SRG von 335 Franken pro Jahr und Haushalt auf 200 Franken zu beschränken.

Zudem wollen wir sämtliche Unternehmen und Gewerbebetriebe – gleich welchen Umsatzes – von jeglicher SRG-Abgabe befreien.

Es geht dabei nämlich um eine ungerechte Doppelbesteuerung, weil heute Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowohl in ihrem privaten Haushalt wie in ihrer Firma SRG-Gebühren bezahlen müssen.

Die Tätigkeiten der SRG müssen wieder auf den Kernauftrag der Grundversorgung beschränkt werden. Nur so können wir die unternehmerische Freiheit der privaten Anbieter stärken.

Unsere Volksinitiative will den sprachlichen Minderheiten ausdrücklich einen Finanzausgleich weiterhin gleichwertige Programme wie jene des Deutschschweizer Radios und Fernsehens SRF ermöglichen.

Da der Wettbewerb in der Deutschschweiz weit besser spielt als beispielsweise im Tessin, kann und soll vor allem das deutschsprachige SRF massiv zurückgestutzt werden.

Wir wollen den heute verfassungswidrigen Zustand einer Mediensteuer beenden und im Medienbereich mehr Markt und weniger Staat verwirklichen. Generell wird unsere SRG-Initia-

tive «200 Franken sind genug!» die Macht einer personell, finanziell und bezüglich politischen Einflusses unverhältnismässig aufgeblasenen SRG beschränken.

Nur so kann es gelingen, die monopolähnliche Stellung der SRG in der Schweizer Medienszene auf ein vernünftiges Mass zurückzustutzen und die im Vergleich zum Publikumsinteresse massiv überdimensionierte SRG endlich zum Sparen zu zwingen.

Die vergangenen Monate haben zu massiv ansteigenden Lebenshaltungskosten geführt. Um die Kosten des Alltags zu tragen, müssen wir alle den «Gürtel enger schnallen».

Eine Reduktion der SRG-Zwangsgebühren von heute 335 Franken auf neu 200 Franken pro Jahr ist eine dringend notwendige Entlastung unserer Haushalts-Budgets.

Deshalb: Führen Sie bis Ende Mai ein bis zwei Stand- und Sammelaktionen in Ihrer Gemeinde durch. Überzeugen Sie neben Familie, Freunden und Arbeitskollegen auch die Bevölkerung in Ihrer Umgebung davon, die Initiative zu unterschreiben. 200 Franken Zwangsgebühren sind definitiv genug!

Ich zähle auf Sie und danke Ihnen allen für Ihre wertvolle Unterstützung.

PS: Unterschriften-Bögen können in unserem Sekretariat in Dübendorf telefonisch oder per Mail bestellt werden.



Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten geräteunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbetreibende werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!



Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch

Sie möchten inserieren?
Dann melden Sie sich bei uns!

Fadegrad



von
Susanne Brunner

Wie viel Staat a uf dem Teller darf es denn sein?

Diese Frage drängt sich je länger, je deutlicher auf. Die Gemeinderäte der Parteien AL, SP, Grüne und GLP beantworten die Frage eindeutig: Der Staat – in ihrem Wirkungskreis also die Stadt Zürich – soll gänzlich bestimmen, was auf den Tellern von Patienten in den Stadtspitälern, von Bewohnern in Alters- und Pflegeheimen und auch auf den Tellern von Angestellten der Stadt Zürich sein soll. Und wenn die Stadt das Menü serviert, dann soll es vegan sein. Also ohne Fleisch, gleichzeitig auch ohne tierische Produkte wie Milch, Rahm, Käse, Butter oder Eier. Da schluckt manch einer leer. Mir geht es genauso! Haben die linksgrünen Politiker doch nur Gutes im Sinn! Mit der veganen Kost soll der CO₂-Ausstoss gesenkt und die Gesundheit gefördert werden. Klimaretung via Suppenteller! Und dies macht uns erst noch gesund. Beides muss bezweifelt werden. Erstens, diese Ernährungs-Kasteiung hätte keinen Einfluss auf das Weltklima. Zweitens, älteren Personen darf das Fleisch nicht verwehrt werden, müssen sie doch genug Eiweiss zu sich nehmen. Dies weiss auch der Stadtrat. Dennoch war er bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Denn es entspricht seiner Ernährungsstrategie, welche er 2019 beschlossen hat und seither mit 42 Massnahmen umsetzt.

Wer die Debatte im Parlament verfolgt hat, dem kam denn auch das Schaudern. Der SP-Sprecher hat wohl unabsichtlich zugegeben, dass seine Partei die Betroffenen einfach übers Ohr hauen will. «Unter Wahrung der Freiheit» werde mit dem veganen Essen so verfahren, dass es öfters gewählt würde. Im Wissen, dass weniger als ein Prozent der Schweizer Bevölkerung Veganer sind, soll die Mehrheit der Bevölkerung so beeinflusst werden, dass sie sich «freiwillig» vegan ernährt. Das ist die höchste Kunst der Staatsintervention: Die Bürger sollen sie nicht bemerken. Die Sprecherin der AL sieht das ebenso. Der Sprecher der GLP pries die vegetarischen und veganen Menüs im Stadtspital als «sehr gut gekocht» an. Er ergänzte, da selber Pflegefachmann, man müsse den Patienten halt einfach erklären, was «Planted Chicken» sei. Diagnose: Bevormundung auch bei der GLP. So wurde dieses staatliche Ernährungsdiktat mit einer satten Mehrheit von 73 zu 40 Stimmen angenommen. Dann en Guete, Stadt Züri! Aber auch auf Kantonsebene gibt es von Ernährungsbevormundung zu berichten: Im Gefängnis Zürich West werden die vorläufig Festgenommenen rein vegetarisch verköstigt. Dies ist als grober Eingriff in die persönliche Freiheit zu werten. Die Justizdirektion rechtfertigt sich, der Betrieb des Gefängnisses sei komplex und die Verweildauer der Inhaftierten kurz. Um die Abläufe zu vereinfachen, werde allen fleischloses Essen angeboten. Wie wir wissen, sind die Vegetarier nicht in Mehrheit in der Bevölkerung. Auch dies sollte uns aufhorchen lassen!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linksextreme Demonstrationen: Wie lange möchten Sie noch zusehen, Frau Rykart?

Die linksextreme Gewalt in der Stadt Zürich eskaliert zusehends. Die linke Stadtregierung und der Gemeinderat verschlimmern die Situation noch.



Camille Lothe
Präsidentin
SVP Stadt Zürich
Zürich

Immer wieder illegale Demonstrationen: Vermummte Linksextreme ziehen durch die Stadt Zürich. Die Chaoten zünden Petarden, zerstören Scheiben und werfen Polizisten mit Molotowcocktails. Die Einsatzkräfte sind gezwungen, mit Wasserwerfer, Gummischrot und Tränengas zu reagieren. Stundenlang bricht der Verkehr zusammen. Stadtpolizisten werden verletzt – das ist Normalität.

Linke Stadtregierung ist untätig

Dieser Zustand ist inakzeptabel. Die linke Stadtregierung sowie die Mehrheit im Gemeinderat verkennen den Ernst der Lage. In einer erschreckenden Tendenz nehmen Linksextreme Wochenende für Wochenende die Zürcher Innenstadt in Beschlag und zeigen dabei ihre Verachtung gegenüber der Rechtsordnung, anderen Stadtbewohnern und den ansässigen Gewerblern.

Es ist unverständlich, dass die linke Mehrheit im Gemeinderat diese Chaoten von jeglicher Verantwortung entbinden möchte. Bereits jetzt ist die Si-



Linksextreme Gewalt ist in Zürich zusehends Alltag – nicht nur am 1. Mai.

Bild: gato-gato-gato (Flickr.com)

tuation ausser Kontrolle, doch in Zukunft soll es keine Bussen mehr für die Teilnahme an einer illegalen Demonstration geben und die Bewilligungspflicht durch eine Meldepflicht ersetzt werden. Damit wird für das Verhalten vom Samstagabend ein rechtlicher

Rahmen geschaffen, der diese Art von «Demonstration» nicht nur duldet, sondern regelrecht mitträgt.

Fataler Gemeinderatsentscheid

Demonstrationen müssen damit nur noch gemeldet werden. Für die Stadt

gibt es keine Möglichkeit zur Koordination. Ob gerade an diesem Tag auch andere Veranstaltungen stattfinden oder ein Sicherheitsrisiko besteht, spielt keine Rolle mehr. Wer die Demonstration erst gar nicht meldet, braucht sich so oder so keine Sorgen zu machen. Mit dem Entscheid aus dem Gemeinderat gibt es keine Konsequenzen mehr für die Teilnahme an einer illegalen Demonstration.

Diese Politik ist ein Affront gegenüber den sieben verletzten Stadtpolizisten. Wie viele Polizisten müssen noch verletzt werden, bis die linke Ratsmehrheit die akute Gefahr durch linksextreme Demonstrationen einsieht? Spätestens nach den Ausschreitungen im Februar wäre ein konsequentes Durchgreifen angebracht gewesen. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart ist mit der Situation eindeutig überfordert. Sie ist nicht in der Lage, für die Sicherheit ihrer eigenen Angestellten, der Stadtbevölkerung oder der Gewerbler zu sorgen.

Aus diesem Grund muss jetzt auf kantonaler Ebene reagiert werden. Mit der «Anti-Chaoten-Initiative» müssen Teilnehmer und Veranstalter von illegalen Demonstrationen endlich die Verantwortung übernehmen. Die verursachten Einsatzkosten müssen von den Chaoten übernommen werden. Eine kantonale Bewilligungspflicht ist unumgänglich. Nur mit der Initiative der Jungen SVP Kanton Zürich kann wieder die Sicherheit in Zürich garantiert werden.

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Links-Grün plant den Verkehr und hantiert mit Geld – das kann nicht gut gehen!

Zwei grosse Themen beschäftigten das Parlament von Uster am vergangenen Montag. Um das Zentrum zu entlasten, soll nun definitiv eine neue Strasse gebaut werden, das Millionenprojekt «Untere Farb» nimmt Form an.



Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Die Kulturland-Initiative der Grünen-Uster verlangt die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan. Es ist ohnehin bereits eine Schnapsidee, per Volksinitiative auf kommunaler Ebene eine kantonale Angelegenheit regeln zu wollen. Nebst dem ist die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan für die Verkehrsentwicklung von Uster eine Katastrophe. Dies sah auch eine Mehrheit des Gemeinderates von Uster so und lehnte mit 9 zu 25 Stimmen die Initiative deutlich ab. Der Gegenvorschlag des Stadtrats wurde hingegen mit 21 zu 12

Stimmen klar angenommen. Die Hauptverkehrsachse, deren Planung seit mehr als einem halben Jahrhundert die hiesige Politik beschäftigt, soll dereinst das Ustermer Zentrum vom Durchgangsverkehr entlasten. Der vom Parlament angenommene Gegenvorschlag des Stadtrats sieht vor, den Bau der neuen Strasse mit der Aufwertung des Zentrums zu verknüpfen. Strassenabschnitte, die durch das Projekt entlastet werden, sollen ins kommunale Strassennetz überführt werden.

Die SVP Uster lehnt die Initiative und den Gegenvorschlag ab und wird ein zweifaches NEIN für die Abstimmung empfehlen.

Es kann den Linken von Uster nicht genug kosten – «Untere Farb»

Bis die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das weitere Vorgehen bei der «Unteren Farb» abstimmen können,

dauert es noch. Das Parlament genehmigte einen Projektierungskredit in Höhe von 1,17 Millionen Franken. Das Gebäude ist aber schon mehr als 40 Jahre in städtischem Besitz. Für Gesprächsstoff und Änderungsanträge sorgten aber vor allem die Kosten des möglichen Baukredits in Höhe von 12,6 Millionen Franken. Dieser wird benötigt, um das denkmalgeschützte Gebäude zu sanieren sowie Stadtarchiv und Gastronomie einzubauen. Eine erste Schätzung 2015 belief sich auf 7,8 Millionen Franken. Die Kommission für Bildung und Gesellschaft (KBG) hatte sich im Vorfeld zum Geschäft viele Fragen gestellt. Braucht es eine Gastronomie oder nicht – und wenn ja, in welchem Ausmass? Man kam zum Schluss, dass eine Streichung, auch aufgrund der bereits durchgeführten Planungen, zum jetzigen Zeitpunkt zu früh komme. Die Linken referierten im Rat, sie würden das Geld «gerne» geben und stimmten den 12,6 Millionen Franken vorbehaltlos zu, wen wundert's! Von der SVP und der FDP kamen Änderungsanträge, welche gegenseitig unterstützt wurden:

- Der Änderungsantrag der SVP (Zielwert Baukredit 11 Millionen Franken) wurde mit 17 zu 15 Stimmen abgelehnt.
- Der Änderungsantrag der FDP (Verzicht auf Unterkellerung) wurde mit 17 zu 16 Stimmen angenommen.
- Der Änderungsantrag der FDP (Einfache Gastronomie «Schenke» vorgesehen) wurde mit 17 zu 15 Stimmen angenommen.

Die Schlussabstimmung fiel mit 23 zu 7 Stimmen klar zugunsten des Projektierungskredits aus.

Jahresrechnung 2022

Die Stadt Uster vermeldet für das Rechnungsjahr einen Gewinn. Was auf den ersten Blick erfreulich erscheinen mag,

ist pure Augenwischerei. Der positive Rechnungsabschluss von rund 6,4 Millionen CHF ist den unerwartet hohen Steuereinnahmen bei den ordentlichen und den Grundsteuern der Stadt trotz über Budget liegenden Aufwänden zuzuschreiben. Denn: Die Ausgabenseite hat der rot-grüne Stadtrat nicht im Griff. Die Globalkredite liegen über Budget, sogar ein Nachtragskredit in der Rechnung 2022 war notwendig gewesen. Nur die guten Steuereinnahmen haben das Ergebnis in einen Gewinn verwandelt. Mit der von Rot-Grün bewilligten Steuerfusserhöhung werden den Steuerzahlenden in Uster unnötig finanzielle Mittel weggenommen. Geld, das die Ustermer Steuerzahler nicht in Uster ausgeben können und somit unserem Gewerbe, den Vereinen und dem Leben allgemein fehlt. Der Spardruck bei der Stadt Uster ist gleichzeitig inexistent. Die weiterhin hohe Abhängigkeit der städtischen Rechnung von den Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer ist besorgniserregend.

Ob der Stadtrat finanzpolitisch fit ist, ist zu bezweifeln. Erneut hat die Stadt Uster einen budgetierten Verlust in einen buchhalterischen Gewinn umgerechnet.

Die anstehenden Investitionen werden das Eigenkapital schmelzen lassen wie die Frühlingssonne den wenigen Schnee von diesem Jahr. Die durch die hohen Investitionen verbundenen Abschreibungen werden auf die städtische Rechnung drücken. Es ist nicht erkennbar, dass der Stadtrat Ausgaben, die sich in seiner Kompetenz befinden, reduziert.

Und in all diesen Zahlen ist die Entwicklung des Spitals Usters noch gar nicht berücksichtigt. Die unumgängliche Aktienkapitalerhöhung von bis zu 20 Millionen CHF (!) wird teuer zu finanzieren sein.

Bereits Franz Josef Strauss wusste: «So wie ein Hund unfähig ist, sich einen Wurstvorrat anzulegen, sind die Sozialdemokraten unfähig, Geldvorräte anzulegen.»



Die denkmalgeschützte «Untere Farb» in Uster soll saniert und umgebaut werden.

Bild: Wikipedia

CS-DEBAKEL

Die Credit Suisse und das Notrecht

Wir werden uns noch lange mit dem CS-Debakel beschäftigen. Schon jetzt ist klar: Der inflationäre Gebrauch des Notrechts gefährdet das Fundament unseres Wohlstandes, den Rechtsstaat.



Lukas Bubb
Präsident SVP Stäfa
Stäfa

Die 167-jährige Geschichte der Schweizerischen Kreditanstalt fand diesen Frühling ein abruptes, unrühmliches Ende. Ob die Credit Suisse in naher Zukunft als zuverlässige Schweizer Bank wiederaufstehen wird, steht in den Sternen geschrieben. Ich hoffe es jedenfalls. Mit den Folgen des Desasters werden die Schweizer Steuerzahler, Bankangestellte, Gerichte, Anleger und Politiker noch lange zu kämpfen haben. Die Sorgfalt, mit der Bundesrat, Nationalbank und Verwaltung in der kurzen Zeit arbeiten konnten, steht in keinem Verhältnis zur Tragweite der Entscheidung vom 16. März. Medien, Politiker, Banken- und Rechtsprofessoren stossen täglich auf neue Schwächen und Gefahren der staatsrechtlichen Brechstange der Notverordnung.

Aufarbeitung des Debakels wird Jahrzehnte dauern

Gleich wie nach dem Grounding der Swissair werden sich schweizerische und ausländische Gerichte zwanzig Jahre mit dem Fall Credit Suisse beschäftigen. Aus heutiger Sicht drängen sich folgende Fragen auf: Zahlten die Banken faire Preise für ihre Rettungsschirme? War der Kaufpreis, den die UBS für die CS bezahlt hat, richtig? Wie verteilen sich die moralische und die rechtliche Verantwortung für den Beinahe-Kollaps der Credit Suisse auf das Management und die Grossaktionäre der Bank, die Finanzmarktaufsicht und die Medien? Wer haftet wem für welchen Schaden? Hatte die Schweizer Finanzmarktaufsicht zu wenig Kompetenzen, um ihre Verantwortung wahrzunehmen? Oder einfach nur zu wenig kompetente Beamte?

Boni: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Nachdem der Bundesrat im März die Credit Suisse der UBS übergeben hat, hat er im April den obersten drei Führungsebenen der Credit Suisse (immerhin rund 1000 Topkader) die Boni für 2022 und 2023 gekürzt oder gestrichen. Dass die unteren Kader und Mitarbeiter nicht weiter belangt werden, leuchtet ein. Sie haben ihre Arbeit gemacht und hatten kaum Einfluss auf die verheerenden Unternehmensentscheide der letzten Jahre, mit denen die Credit Suisse immer tiefer in den Abgrund geritten wurde. Es ist aber absehbar, dass auch



Der wiederholte Gebrauch des Notrechts durch den Bundesrat bereitet Sorgen. Im Bild: Bundesrätin Karin Keller-Suter.
Bild: Wikipedia

die Verfügung des Bundesrats zu den Bonikürzungen des Topkaders Juristenfutter wird, weil kaum alle Credit-Suisse-Manager die Kürzung akzeptieren werden. Nebst dem Schweizer Obligationenrecht und Bankengesetz sind auch ausländisches Arbeits- und Gesellschaftsrecht einschlägig für die im Ausland angestellten Kader.

Notrecht muss die Ausnahme bleiben

Wenn der Bundesrat mit einem Federstrich 16 Milliarden Franken Wertpapiere löschen und überdies 127 000 Aktionäre enteignen kann, greift er mit der Brechstange ins Wirtschaftsgefüge ein.

Wenn der Bundesrat per Notverordnung in die Eigentumsrechte von Anlegern eingreifen kann, kann er es auch bei den Vermögen der Manager. Doch wollen wir eine Regierung, die so einfach durchgreifen kann? Staatliche Macht braucht klare, verbindliche Schranken, alles andere fördert Will-

kür. Deshalb darf Notrecht nur zurückhaltend zum Einsatz kommen: In echten Notfällen, die vom Gesetzgeber nicht antizipiert und geregelt werden konnten.

Gestern ging es um den Finanzplatz, morgen um die Wohnungsnot oder die Altersvorsorge, übermorgen ums Klima. Übereifrige und profilierungssüchtige Politiker werden immer einen Notstand finden, der ein «Durchgreifen» der Exekutive mit Notrecht verlangt. Der inflationäre Gebrauch von Notrecht gefährdet unseren Rechtsstaat, den vielleicht wichtigsten Grundpfeiler unseres Wohlstands. Wenn Ihnen unwohl wird bei dem Gedanken, stimmt Ihr innerer rechtsstaatlicher Kompass noch. Wir brauchen mehr Besonnenheit und weniger Aufregung in der Politik, eine Fokussierung aufs Wesentliche in der Verwaltung und der Finanzmarktaufsicht.

Lukas Bubb, lic. iur., ist als Risiko- und Versicherungsberater tätig.

BANKENKRISE

Kollabierende Konzerne: ein «Chapter 11» für die Schweiz

Es braucht rasch eine Lösung, damit faillierende Konzerne nicht das ganze Land in den Abgrund reissen können. Eine Möglichkeit ist das Insolvenzverfahren namens «Chapter 11».



Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen

Wenn die mit der CS zusammengeführte UBS in Schwierigkeiten kommt, ist die Schweiz in der Existenz bedroht. Es braucht dringend politische Massnahmen, um diese Gefahr abzuwenden. Eine Möglichkeit wäre es, ein «Chapter 11» wie im amerikanischen Konkursrecht einzuführen. Der Name «Kapitel 11» stammt vom Sanierungsverfahren für US-Unternehmen, es ist der 11. Teil des Insolvenzrechts.

Eine Firma, ob Wurstbude oder Konzern, ist konkurs, wenn die Verbindlichkeiten höher sind als das Vermögen oder wenn es die Rechnungen nicht mehr bezahlen kann. Im Normalfall muss die Firma die Bilanz deponieren und sie wird liquidiert. Die Gläubiger werden nach festgelegter Reihenfolge entschädigt mit den Mitteln, die noch vorhanden sind. Zuerst kommen Löhne, am Schluss der Aktionär. Im Fall der CS wäre dies verheerend gewesen, weil sämtliche Tätigkeiten sofort eingestellt worden wären. Sämtliche Spar- und Lohnkonti, Unternehmenskredite oder Hypotheken wären in der Konkursmasse eingefroren worden. Dies hätte enormen Kollateralschaden gegeben. Mit dieser Argumentation hat der Bundesrat sein Vorgehen begründet.

Geordnetes Insolvenzverfahren

Das «Kapitel 11» entspricht einem Antrag auf Sanierung. Es führt zu einer beaufsichtigten Insolvenz. Das heisst, die Unternehmung bleibt unter Aufsicht im operativen Geschäft tätig, muss aber Schulden geordnet zurückzahlen, darf keine Boni mehr auszahlen oder ande-

re Schritte unternehmen. Wichtig ist, dass die systemnotwendigen Tätigkeiten gewährt bleiben. Im Falle einer Grossbankliquidation wären das der Zahlungsverkehr, Konti, Hypotheken, Kredite und alle weiteren systemrelevanten Tätigkeiten. Die Gläubiger können ihrerseits keine weiteren Betreibungen oder Pfändungen durchführen. Bei einem Insolvenzverfahren nach Kapitel 11 hätte die untergegangene CS auch im Ausland die systemrelevanten Tätigkeiten fortführen können und die Schweiz wäre nicht unter Druck gekommen.

Alle Tätigkeiten einer unter Chapter 11 gesetzten Unternehmung müssen vom Konkursrichter absegnet werden. Er bestimmt, welche Rechnungen bezahlt werden, welche Verträge weitergeführt, welche gekündigt und welche Vermögenswerte wie Immobilien oder andere liquidiert werden, um Forderungen zu begleichen. Mit der Weiterführung bleiben die Arbeitsplätze erhalten, die bei einem Konkurs sofort verschwinden würden. Der Insolvenzrichter verhindert, dass Boni ausbezahlt oder Vermögenswerte versteckt werden. Meist gehen die Aktionäre leer aus, was auch der Reihenfolge entspricht. Wer beim Erfolg profitiert, soll auch das unternehmerische Risiko tragen.

«Too big to fail» bedroht die Schweiz

Es braucht eine Lösung, damit eine gescheiterte Grossunternehmung keinen Kollateralschaden anrichten kann. Das Verfahren soll nicht nur Banken betreffen, sondern alle Konzerne der Pharma, Industrie oder Versorger. Eine Aktualisierung des Konkursrechts wäre ein Weg. Systemrelevante Teile werden unter Aufsicht weitergeführt, die gescheiterte Unternehmung geordnet liquidiert, die Gläubiger entsprechend der Reihenfolge entschädigt – und Boni-Exzesse für unfähige Manager gestoppt.



Too big to fail? Der Hauptsitz der ehemaligen Credit Suisse am Zürcher Paradeplatz.
Bild: Wikipedia

PRESSEMITTEILUNG VON PRO SCHWEIZ

G7-Staaten und EU drohen der Schweiz: Diplomaten treten die Souveränität der Schweiz mit Füßen

Die Botschafter der G7-Staaten (USA, Kanada, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan) und der EU machen Druck auf die Schweiz, sie müsse beim «Aufspüren, Einfrieren und Enteignen» russischer Vermögenswerte mehr unternehmen. Sie fordern die Schweiz auf, sich dem Diktat einer speziellen Taskforce unterstellen. Heuchlerisch stellen die Botschafter der G7-Staaten fest, der Ruf der Schweiz sei sonst gefährdet. Für Pro Schweiz heisst das, mit erhobenem Drohfinger wird von der Schweiz gefordert, ihre Gesetzgebung und verfassungsmässigen Grundrechte ausser Kraft zu setzen. Sie deuten Erpressungen und weitere Schikanen an, die insbesondere Brüssel noch so gerne verstärken wird, nicht zuletzt,

weil die EU die souveräne Schweiz institutionell anbinden will. Pro Schweiz fordert vom Bundesrat, die Schweiz als Bollwerk der Rechtsstaatlichkeit und der Eigentumsrechte zu positionieren, wie dies bereits die Chefin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), Helene Budliger, diese Woche gegenüber haltlosen Vorwürfen der US-Regierung getan hat. Vorwürfe, die Schweiz unternehme nichts gegen Umgehungs-geschäfte bei sanktionierten Gütern und Dienstleistungen, sind ein böswilliger Akt. Die schweizerische Gesetzgebung verlangt bereits heute, dass Vermögen geprüft werden, ob sie missbräuchlich und zum Schaden Dritter erworben worden sind. Dr. Stephan Rietiker, Präsident von Pro Schweiz, stellt zudem

klar: «Es geht nicht an, dass insbesondere die Botschafter der USA und Deutschlands den diplomatischen Anstand verlieren und regelrecht auf die Souveränität der Schweiz spucken. Der Bundesrat muss endlich solche Botschafter zitieren und wenn notwendig ausweisen.»

Es geht erneut darum – wie nach dem Zweiten Weltkrieg oder bei den nachrichtenlosen Vermögen – die Schweiz zu Geldzahlungen zu erpressen und dazu, die Neutralität aufzugeben und die Politik aus Washington und Brüssel mitzutragen sowie zu finanzieren.

Kontakt: Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz
www.proschweiz.ch

Einladung zum
Politlunch



SVP des Bezirks Andelfingen - wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Hans Frei
Meisterlandwirt
Alt Kantonsrat
Ehemaliger Präsident des
Zürcher Bauernverbandes



Biodiversitätspolitik - Vorhaben
«Welche Folgen hat die Versumpfung für den Kanton Zürich?»

WANN:
Mittwoch
3. Mai 2023
11.30 - 14.00 Uhr

PROGRAMM:
11.30 - 12.00 Uhr Apéro
12.00 - 13.00 Uhr Mittagessen
auf Kosten der Teilnehmer
13.00 Uhr Referat
13.30 Uhr Diskussion
14.00 Uhr Ende

WO:
Restaurant Stube
Uf de Strass 1
8460 Marthalen

Alle sind herzlich
willkommen!



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, 1.-Mai-Feier, Dorfstrasse 113, Watt, mit Nationalrat Benjamin Fischer und «Echo vom Furttal».

Bezirk Dietikon/Dietikon
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, Grillplausch, bei Kurt und Elsbeth Bräm, im Basi, Dietikon.

Bezirk Hinwil/Seegräben
Dienstag, 9. Mai 2023, 20.00 Uhr, Referat und Diskussion, Buechwäidsaal, Aathalstrasse 6a, Seegräben, mit Nationalrat Thomas Matter. Thema: «CS-Zusammenbruch, was heisst das für die Zukunft der Schweiz?»

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 6. Mai 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit- Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzen-

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertionschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, See- strasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Uster- strasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorrfest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli
Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:
«Die Ukraine, Putin, Xi und Biden – unsere Freiheit ist bedroht»»

➔ **Donnerstag, 4. Mai 2023**
➔ **18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Beginn Referat**
➔ **Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich**

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE 
www.prolibertate.ch **Parteiunabhängiges Informationskomitee** www.pikom.ch



Kantonale Volksinitiative
«Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier»
Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!
Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch

